



## Regierungsratsbeschluss vom 01. April 2014

Interpellation Nr. 15 Philippe Pierre Macherel betreffend Folgen der "Abschottungsinitiative" für die Basler Spitäler und Pflegeheime; schriftliche Beantwortung

---

P145085

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

### Begründung

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt stellt in seiner Interpellationsantwort die Bedeutung der ausländischen Mitarbeitenden für die Basler Spitäler sowie Alters- und Pflegeheime sowie die Bedeutung der EU-Forschungsprogramme für die Basler Universität und Universitätsspitäler dar. So beträgt der Anteil der ausländischen Mitarbeitenden (inkl. Grenzgängerinnen und Grenzgänger) in den Basler Spitälern sowie Alters- und Pflegeheimen rund 43%, derjenige der Grenzgängerinnen und Grenzgänger rund 19%. Der Regierungsrat bekräftigt daher seine Absichten, sich im Rahmen der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative auf Bundesebene für die Interessen des Kantons Basel-Stadt als grenznaher und internationaler Wirtschaftsstandort einzusetzen. Dazu gehört unter anderem auch, dass die Spitäler und Pflegeheime in unserem Kanton weiterhin genügend gut qualifizierte Arbeitskräfte auch aus dem Ausland rekrutieren können. Daneben sind der Bund, die Kantone, die Ausbildungsstätten sowie die Institutionen des Gesundheitswesens als Arbeitgeber gefordert, die Ausbildungsplätze beim Gesundheitspersonal weiter zu erhöhen. Bezüglich der für die Universität und die Universitätsspitäler wichtigen Teilnahme an den EU-Forschungsprogrammen begrüsst der Regierungsrat das vom Bundesrat beschlossene Vorgehen, das weiterhin den Abschluss eines Assoziierungsabkommens für Horizon 2020 und für 2014 eine Übergangslösung zur Unterstützung der Forschenden vorsieht.

